

Berlin, 18. April 2010

Tod der Kameraden

Der Tod deutscher Soldaten im Kampfeinsatz in Afghanistan ist uns nicht gleichgültig!

Betroffen reagiert der Arbeitskreis DARMSTÄDTER SIGNAL – das kritische Forum für Staatsbürger in Uniform (Ak DS) – auf den Tod der in Afghanistan eingesetzten Kameraden.

Die Veränderung der Einsatztaktik mit mehr Patrouillen, Aufstockung des Personals und Einführung schwerer Waffen führt zu einer weiteren Eskalation der militärischen Gewalt, zu weiteren Menschenrechtsverletzungen und zu einem erhöhten Risiko für unsere Soldaten.

Die Ereignisse der letzten Tage unterstreichen: Der Einsatz von Streitkräften ist nicht die Lösung des Problems, sondern das Problem selbst. Die Bundeswehr trägt in Afghanistan nicht zur vernetzten Sicherheit, sondern zur vernetzten Unsicherheit bei.

Die Inkaufnahme des Todes unserer Soldaten ist für die betroffenen Angehörigen und für uns unbegreiflich und sinnlos, zumal vorgebliche Ziele nicht erreicht werden.

Nahezu zehnjährige militärische Intervention in Afghanistan brachte:

- keinen Wirtschaftsaufbau, sondern sinkendes Einkommen und Elend;
- keinen Zivilaufbau, sondern Zerstörung traditioneller Zivilstrukturen;
- keine Frauenbefreiung, sondern Gefährdungszunahme für Frauen;
- keine Demokratie, sondern Korruption, Rechtsbruch und Gewalteskalation.

Das Handeln der Bundesregierung muss ausschließlich auf eine politische und diplomatische Konfliktlösung gerichtet sein.

Wir erwarten von der Bundesregierung sichtbares Engagement für eine Bereitschafts-erklärung zum Abzug aller NATO-Streitkräfte aus Afghanistan und die kurzfristige Erarbeitung eines gemeinsamen Rückzugsplans.

Deutschland und seine Bündnispartner müssen dem Beispiel des Abzuges der Kanadier und der Niederländer folgen.

Die Bundesrepublik darf sich nicht an grundgesetzwidrigen Säuberungs- und Tötungs-Aktionen (CLEAR and TARGETING) sowie ähnlichen Einsätzen beteiligen.

Deutschland muss sich einsetzen für die nachhaltige Wahrnehmung der Verantwortung durch Afghanen selbst unter Einbeziehung aller ethnischen Gruppen.

Wir fordern den Deutschen Bundestag auf, ein neues Mandat zu verabschieden, das die Wirklichkeit der unterschiedlichen Verhältnisse und Bedürfnisse der afghanischen Provinzen abdeckt.

Das sind wir unseren toten und verwundeten Kameraden schuldig.

Beschlossen auf dem 80. Arbeitstreffen Ak DS